

Berufsunfähigkeitsversicherung

Neuhaus

5. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-80964-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Neuhaus
Berufsunfähigkeitsversicherung



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Berufsunfähigkeits- versicherung

von

Kai-Jochen Neuhaus

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Versicherungsrecht
Fachanwalt für Miet- und WEG-Recht
in Dortmund

5., völlig neu bearbeitete Auflage 2025
des von Wolfgang Voit begründeten Werkes

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Neuhaus Berufsunfähigkeitsversicherung Kap. ... Rn. ...
www.fachanwalt-neuhaus.de
info@fachanwalt-neuhaus.de


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN 978 3 406 80964 4

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Das im Sommer 2019 verfasste Vorwort zur vorigen Auflage begann ich mit „Fünf Jahre nach Erscheinen der 3. Auflage hat sich viel getan“ und schilderte dann unter anderem Fußball- und Urlaubserlebnisse als Kraftquellen für meinen Beruf einschließlich der literarischen Tätigkeiten (die ich aber mehr dem Hobbybereich zuordne). Nun, in der Zwischenzeit hat sich – um die Floskel aufzugreifen – noch mehr getan, es kam und kommt in mehrfacher Hinsicht nach wie vor zu der berühmten „Zeitenwende“, denn die privat zum Glück gut durchstandene Corona-Pandemie hat die Welt erschüttert, auf europäischem Boden tobt seit 2022 wieder ein Krieg, und die elende braune Gesinnung zieht offensichtlich immer mehr Menschen ohne Demokratiebewusstsein in ihren Bann. Vor diesem ersten Hintergrund fällt es fast schon schwer, davon zu berichten, dass mir diverse Urlaube in meiner Lieblingsregion (dem amerikanischen Südwesten), unser neuer Hund *Ninja* und natürlich meine liebe Frau *Ina* den Schwung gegeben haben, die 5. Auflage auf den Weg zu bringen. Getreu dem mir im herrlichen *John Wayne*-Museum in Fort Worth wieder vor Augen geführten Wertezitat „A man’s got to do what a man’s got to do“ habe ich mit Freude alle Kapitel überarbeitet, teils gestrafft, teils erweitert, immer aber vollständig aktualisiert.

Meine Motivation für die Neuauflage bestand nach wie vor darin, die komplexe Berufsunfähigkeitsversicherung umfassend, praxisorientiert, kritisch und – wichtig – auch verständlich darzustellen. Zahlreiche neue Gerichtsurteile, die aktuellen Versicherungsbedingungen aus dem Jahr 2022, Trends und Ergebnisse aus „meinen“ vielen Rechtsstreitigkeiten sowie Diskussionen in meinen Seminaren und Schulungen wurden berücksichtigt. Gründliche Analysen und eigene Lösungsvorschläge sind dabei selbstverständlich. Wie immer geht es mir nicht nur darum, die Rechtslage vollständig abzubilden, sondern Sie, liebe Leserinnen und Leser, sozusagen in die komplizierte BU-Welt mitzunehmen und Sie dabei zu unterstützen, auch Probleme, mit denen Sie vielleicht nicht regelmäßig zu tun haben, meistern zu können. Die dynamische Entwicklung der Rechtslage in diesem Bereich ist beeindruckend, wie beispielsweise die im Buch ausführlich behandelten Entscheidungen des BGH zum rückwirkend befristeten Anerkenntnis und zu den sog. *Unofactu*-Entscheidungen von 2022 zeigen.

Eine klare, verständliche Sprache ohne juristisches Fachchinesisch ist mir besonders wichtig. Erheblich ausgebaut wurden die Erläuterungen zu medizinischen Aspekten, also etwa die Darstellung typischer Krankheitsbilder, Ausführungen zu Leitlinien und insbesondere auch zur medizinischen Begutachtung mit dem Schwerpunkt „Psyche“, da gerade die Bewertung von Sachverständigengutachten ein erhebliches Praxisproblem darstellt und entsprechende medizinische und juristische Kenntnisse natürlich nicht zum Allgemeinwissen gehören. Das Kapitel zur vorvertraglichen Anzeigepflicht stellt nach wie vor ein „kleines Buch im Buch“ dar und behandelt alle relevanten Aspekte dieses schwierigen und in der Praxis enorm wichtigen Themas.

Detaillierte Ausführungen zur Darlegungs- und Beweislast sowie zu prozessualen Besonderheiten und zum Streitwert runden das Werk ab. Es ist aber nach wie vor kein „Prozessbuch“, sondern richtet sich an alle Praktiker: Antrags- und Leistungsprüfer in Versicherungsunternehmen, Richter, Rechtsanwälte und Versicherungsvermittler sowie alle, die sich in die Berufsunfähigkeitsversicherung einarbeiten oder ihr Wissen vertiefen möchten.

Abschließend danke ich dem Verlag und dem Lektorat, insbesondere Herrn *Gerhard Peter*, für das wiederholte Vertrauen und die hervorragende Zusammenarbeit.

Dortmund, im Mai 2025

Kai-Jochen Neuhaus



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXIX

Teil 1. Recht und Praxis der Berufsunfähigkeits(zusatz)versicherung

Kapitel 1. Basiswissen	1
Kapitel 2. Abschluss der Berufsunfähigkeitsversicherung	38
Kapitel 3. Beginn und Ende des Versicherungsschutzes, Dauer der Gefahrtragung	62
Kapitel 4. Inhalt, Umfang und Dauer der Leistungspflicht	79
Kapitel 5. Versicherter Beruf	150
Kapitel 6. Medizinische Voraussetzungen der Berufsunfähigkeit	267
Kapitel 7. Medizinische Sachverständigengutachten zur Berufsunfähigkeitsversicherung	380
Kapitel 8. Konkrete und abstrakte Verweisung	444
Kapitel 9. Leistungsprüfung des Versicherers	541
Kapitel 10. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers	558
Kapitel 11. Vereinbarungen zwischen Versicherer und Versicherungsnehmer ...	621
Kapitel 12. Anerkennung und Ablehnung der Leistungen	631
Kapitel 13. Kulanzleistungen des Versicherers	661
Kapitel 14. Nachprüfungsverfahren	666
Kapitel 15. Risikoausschlüsse, sonstige Einschränkungen, Gefahrerhöhung	763
Kapitel 16. Gesundheitsdaten und Datenschutz	799
Kapitel 17. Kündigung der Berufsunfähigkeitsversicherung	830
Kapitel 18. Besonderheiten des Berufsunfähigkeits-Prozesses von A–Z	840
Kapitel 19. Streitwert, Gebührenstreitwert	882
Kapitel 20. Pfändbarkeit, Verpfändung, Abtretung und Insolvenz	893
Kapitel 21. Vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung in der Berufsunfähigkeits- und Lebensversicherung	909
Kapitel 22. Ähnliche Versicherungen und BU-Begriffe von A–Z	1113
Kapitel 23. Spezielle Vertriebs- und Haftungsfragen (Vermittler, Versicherer) ...	1143
Kapitel 24. Rechtsschutzversicherung und Streit um Berufsunfähigkeit, Erstattung außergerichtlicher Anwaltsgebühren	1182
Kapitel 25. Ausblick, neue Entwicklungen	1189

Teil 2. Muster, Formulare und Checklisten

Kapitel 26. Für das Gericht	1197
Kapitel 27. Für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte	1200
Kapitel 28. Für Versicherungsunternehmen	1207
Sachregister	1221



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXIX

Teil 1. Recht und Praxis der Berufsunfähigkeits(zusatz)versicherung

Kapitel 1. Basiswissen

I. Gegenstand und Einordnung der BUV	1
1. Versicherungsvertrag, Gesetz und Rechtsprechung als Ausgangspunkt	1
2. Der Begriff der Berufsunfähigkeit, Abgrenzung zur Arbeitsunfähigkeit	2
3. Haupt- und Zusatzversicherung, weitere Versicherungsarten	5
4. Die BUV als Summenversicherung	5
5. Die BUV als Lebensversicherung	6
a) Dogmatische Einordnung	6
b) Anwendung von Vorschriften der Lebensversicherung	7
6. Besonderheiten der BUV im neuen VVG	8
II. Sinn und Zweck der BUV	11
III. Versicherungsbedingungen	13
1. Grundsätze	13
2. Historische Entwicklung der Bedingungswerke	14
3. Bedingungen und AGB-Recht	16
a) Überblick	16
b) Unternehmer- und Verbraucherhandeln	16
c) Auslegung von Klauseln, der durchschnittliche Versicherungsnehmer	17
d) Unklarheitenregelung (§ 305c Abs. 2 BGB)	21
e) Unangemessene Benachteiligung	22
f) Gefährdung des Vertragszwecks	22
g) Transparenzgebot	24
h) Überraschende und mehrdeutige Klauseln	25
4. Anpassung der Bedingungen (§§ 164, 176 VVG)	25
IV. Statistiken zur Berufsunfähigkeit	26
1. Anzahl der Verträge und durchschnittliche Rentenhöhe	26
2. Die gefährlichsten/ungefährlichsten Berufe	27
3. Ursachen der Berufsunfähigkeit	29
4. Durchschnittliches Alter bei Eintritt von Berufsunfähigkeit	33
5. Antragsannahme (Abschluss der BUV)	33
6. Regulierung von Leistungsfällen (Dauer, Ablehnungsgründe etc)	33
V. Künstliche Intelligenz in der BUV	35

Kapitel 2. Abschluss der Berufsunfähigkeitsversicherung

I. Vertrieb, Vermittlerbegriff, Risikoprüfung durch die Versicherer ...	38
II. Bedeutung von Ratings und Rankings für die BU-Versicherung ...	39
III. Antragstellung	41
1. Überblick Zustandekommen des Vertrages	41
2. Probeanträge, Risikovorabfragen	42

Inhaltsverzeichnis

3. Antrags- und Risikoprüfung	43
a) Grundsätze	43
b) Hinweis- und Informations-System (HIS), Risikovorfrage- Plattform (RiVa)	44
c) Berücksichtigung von genetischen Defekten, GenDG	45
IV. Annahme des Antrags	48
V. Ablehnung des Antrags, AGG	50
VI. Vereinbarter Vertragsinhalt, Einbeziehung von AVB in den Versicherungsvertrag	52
VII. Widerrufsrecht des Versicherungsnehmers	55
VIII. Prämienzahlungspflicht des Versicherungsnehmers	55
1. Fälligkeit der Erstprämie	55
2. Vorverlegung der Fälligkeit der Erstprämie durch AVB	56
3. Nicht rechtzeitig gezahlte Erstprämie	57
4. Folgeprämien	59
5. Prämien- und Leistungsänderung (§§ 163, 176 VVG)	60
IX. Darlegungs- und Beweislast	61

Kapitel 3. Beginn und Ende des Versicherungsschutzes, Dauer der Gefahrtragung

I. Beginn des Versicherungsschutzes	62
1. Materieller Schutz und Regelung in den AVB	62
2. Verknüpfung von Leistungspflicht und Prämienzahlung, Einlösklausel, deckende Stundung	63
3. Karenz- und Wartezeit	64
II. Ende des Versicherungsschutzes	65
III. Rückdatierung, Rückwärtsversicherung	66
1. Grundsätze	66
2. Differenzierung zwischen selbstständiger BUV und BUZ	67
3. Kenntnis des (nicht möglichen) Versicherungsfalles	68
IV. Vorläufiger Versicherungsschutz	68
V. Vertragsaufhebung und -änderung, Unterbrechung des Versicherungsschutzes	70
1. Vertragsaufhebung und -änderung	70
2. Ruhensabsprachen und prämienfreie Versicherung	71
a) Problematik	71
b) Ruhensversicherung, Ruhensvereinbarung	71
c) Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung	73
VI. Darlegungs- und Beweislast	77

Kapitel 4. Inhalt, Umfang und Dauer der Leistungspflicht

I. Der Versicherungsfall der Berufsunfähigkeit	80
1. Grundsätze, Begriff der Berufsunfähigkeit, gedehnter Versicherungsfall	80
2. Darlegungs- und Beweislast	82
II. Vereinbarte Leistungen	82
1. Rente, Beitragsbefreiung und andere Leistungen	82
2. Koppelung der Leistung an den Grad der Berufsunfähigkeit	84
3. Anpassungs- und Dynamikvereinbarungen	86
a) Begriffe und erforderliche Vereinbarung	86
b) Berechnung der Anpassung	87
c) Aussetzen der Anpassung durch Widerspruch	89
d) Eintritt der Berufsunfähigkeit	90

4. Überschüsse, Überschussbeteiligung	92
5. Arbeitsunfähigkeitsklauseln	94
6. Ausblick: Erweiterung der Leistungspflicht	95
III. Anspruchsinhaber	96
1. Versicherungsnehmer	96
2. Auseinanderfallen von Versicherungsnehmer und versicherter Person	97
a) Versicherung für fremde Rechnung, fremde Berufsunfähigkeit (§§ 150, 151, 156, 162 Abs. 1, 176 VVG)	97
b) „Betriebliche“ Altersvorsorge, Direktversicherung	99
c) Rückdeckungsversicherung, Unterstützungskasse, Pensionsverein	100
d) Prozessuale Besonderheiten bei betrieblichen Versicherungen	103
3. Inhaber des Versicherungsscheins als Verfügungsberechtigter	104
4. Bezugsberechtigte	105
a) Benennung	105
b) Widerrufliches und unwiderrufliches Bezugsrecht	107
c) Widerruf, Änderung	108
d) Erben	110
e) Rechtsverhältnis Bezugsberechtigter – Versicherer	110
f) Rechtsverhältnis Bezugsberechtigter – Versicherungsnehmer	111
g) Rechtsverhältnis Versicherungsnehmer – Versicherer	112
h) Bereicherungsansprüche, etwa wegen irrtümlicher Zahlung ..	113
i) Rückgewähransprüche wegen Rücktritt oder Anfechtung ..	114
j) Prozessuale Besonderheiten	116
IV. Fälligkeit, Leistungsbeginn und -ende, Leistungsdauer	116
1. Beginn der Leistungspflicht, Fälligkeit der Leistung	116
2. Einzelheiten zur Fälligkeit	117
a) Abschluss der notwendigen Erhebungen	117
b) Verzug, Verzugsschaden (bspw. Zinsen)	126
c) Abschlagszahlungen	130
d) Schadensersatzanspruch (§§ 280 Abs. 1, 286 Abs. 1 BGB) ..	130
3. Verspätete Meldung der BU, Ausschlussfristen	130
4. Ende der Leistung, Leistungsdauer	131
a) Vereinbarte Dauer	131
b) Tod des Versicherten, Vererbbarkeit der Ansprüche	136
5. Prozessuale Besonderheiten: Klage vor Fälligkeit, sofortiges Anerkenntnis, Prozesskosten	137
V. Verjährung von Leistungsansprüchen	140
1. Grundsätze	140
2. Welche BU-Leistungen verjähren?	141
3. Beginn der Verjährungsfrist bei BU-Leistungen	143
4. Hemmung der Verjährung	146
5. Darlegungs- und Beweislast	148
VI. Prozessuale Besonderheiten	148

Kapitel 5. Versicherter Beruf

I. Überblick über Kernprobleme	151
II. Begriff des Berufs, Abgrenzung zu „Nicht-Berufen“	152
1. Allgemeiner Sprachgebrauch, Antragspraxis und genereller Begriff eines Berufs	152

2. Konkrete Definition in der BUV (zuletzt ausgeübte Tätigkeit) ...	153
a) Berufsbegriff	153
b) Maßgeblichkeit des tatsächlichen Berufsbildes	154
c) Bewertungskriterien	155
d) Fragliche Berufe von A–Z	156
3. Nur kurzfristig ausgeübte Tätigkeit	162
4. Mehrere Berufe	164
5. Vermögensverwaltung als Beruf, Vermietung und Verpachtung ..	165
6. „Wegefähigkeit“	168
III. Zuletzt tatsächlich ausgeübte und prägende Tätigkeiten	169
1. Grundsätze	169
2. Prägende Tätigkeiten	171
a) Grundsätze	171
b) Dominierende Teiltätigkeiten	172
c) „Gestufte Arbeit“	174
d) Kerntätigkeiten	175
3. Zeitpunkt und Zeitraum, „zuletzt“ und „in gesunden Tagen“ ...	178
4. Berücksichtigung von Aufstiegsmöglichkeiten, keine „Karriere“- Versicherung	179
5. Berufswechsel	180
a) Leidensunabhängiger Berufswechsel	180
b) Leidensbedingter Berufswechsel	182
6. Berufsunterbrechung, Arbeitslosigkeit	189
7. Ausscheiden aus dem Berufsleben	191
a) Grundsätzliches, Klauselvarianten	191
b) Tatbestandliche Voraussetzungen	192
c) Darlegungs- und Beweislast	196
IV. Umorganisation bei Selbstständigen und mitarbeitenden Betriebsinhabern	196
1. Ausgangsüberlegungen	196
2. Kernaussagen der Rechtsprechung	197
3. Gesetzeslage, Bedingungen, AGB-Überlegungen	199
4. Für wen gilt das Umorganisationserfordernis?	202
5. Tatsächliche Möglichkeit: Einzelheiten und Besonderheiten	205
a) „Komplettdeckung“ erforderlich	205
b) Umorganisation muss gesundheitlich möglich sein	205
c) Umorganisation bedeutet nicht zwingend Delegation	205
d) Umorganisation bei Kleinbetrieben	206
e) Mehrere Inhaber	208
6. Zumutbarkeit der Umorganisation: Einzelheiten und Besonderheiten	210
a) Grundsätzliche Überlegungen	210
b) Lebensstellung, Verlegenheitsbeschäftigung	211
c) Zumutbare Einkommenseinbußen, Entlassungen, Einstellung von Mitarbeitern, Investitionen, Mehrausgaben, Überobligation	214
d) Betriebsaufgabe und dadurch gewährte Lebensstellung	218
7. Darlegungs- und Beweislast	219
8. Checkliste	219
V. Spezielle Berufsklauseln, Besonderheiten bestimmter Berufe	220
1. Überblick	220
2. Ärzte, Heilberufler und Apotheker	220

3. Auszubildende, Schüler, Studenten	222
a) Überblick	222
b) Verträge mit Sonderklauseln, Schulunfähigkeit	222
c) Verträge ohne Sonderklauseln	224
4. Beamte	227
a) Überblick	227
b) Vertrag ohne Beamtenklausel	228
c) Vertrag mit Beamtenklausel	230
d) Polizeidienst, Feuerwehr und Justizvollzugsdienstunfähigkeit	236
e) Vorgeschobene Versetzung in den Ruhestand, Arglist, Treuwidrigkeit	238
f) Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles	239
5. Flugpersonal	241
6. Gerichtsvollzieherklausel	244
7. Kapitäne und Seeoffiziere	245
8. Tätigkeitsklausel	247
9. Marktwertversicherung (Fußballer, Sportler)	249
10. Sonstige Klauseln, „Schreibtisch-Klausel“	249
VI. Darlegungs- und Beweislast	249
1. Grundsätze	249
a) Konkrete Beschreibung, „Stundenplan“	249
b) Beispiele für nicht ausreichende Darlegung	254
c) Wechselnder Sachvortrag, widersprüchliche Schilderungen ..	255
d) Hausfrauen, Geschäftsführer, mehrere Berufe, „Stressfaktoren“, Auszubildende	256
2. Darzulegender Zeitraum	258
3. Ausnahmen vom „Stundenplan-Grundsatz“	258
a) Keine Beweislastumkehr durch außergerichtliche Kenntnisse ..	258
b) Schwerste oder eindeutig beeinträchtigende Erkrankungen ..	259
c) Nebentätigkeiten entfallen durch beeinträchtigte Haupttätigkeiten	260
d) „Einfache“ Berufe	260
4. Umorganisation	261
VII. Prozessuale Besonderheiten, Hinweispflicht des Gerichts, Bestreiten, Beweisaufnahme und -würdigung, „unverrückbarer“ Lebenssachverhalt	263

Kapitel 6. Medizinische Voraussetzungen der Berufsunfähigkeit

I. Überblick	268
II. Versicherte Gefahren	270
1. Krankheit	270
a) Grundsätze	270
b) Disposition zu bestimmten Erkrankungen/Beschwerden, „Veranlagung“	273
c) Asperger-Syndrom	274
d) Mobbing	275
2. Körperverletzung	275
3. Kräfteverfall	275
a) Grundsätze	275
b) Auslegung	276
4. Pflegebedürftigkeit	277

III. Der Grad der Berufsunfähigkeit und seine Ermittlung	280
1. Ausgangsüberlegungen, vollständige und teilweise Berufsunfähigkeit	280
2. Gesamtbewertung, sinnvolles Arbeitsergebnis, Arbeitszeit nicht als alleiniger Maßstab	281
3. Personenbezogene Kriterien	286
4. Bestimmung des Grades allein durch das Gericht	287
IV. Nicht (völlig) objektivierbare Erkrankungen (Überblick zu psychischen Erkrankungen, Krankheiten ohne organischen Befund, Schmerzen, Long- und Post-COVID-19-Syndrom)	288
1. Überblick	288
2. Besonderheiten bei psychischen Erkrankungen	289
3. Somatoforme Störungen, Fibromyalgie, MCS, CFS, unklare Schmerzen, Post-COVID-/Long COVID-Erkrankungen	297
V. „Ansteuern“ gegen die Erkrankung, zumutbare Willensanstrengung	303
VI. Objektivierung von Beschwerden und Leistungseinschränkungen, Plausibilitätsprüfung, Verfälschungstendenzen wie Aggravation, Simulation, Beschwerdeverdeutlichung	305
1. Grundsatz der höchstmöglichen Objektivierung und Notwendigkeit der Validierung	305
2. Medizinischer Hintergrund, Forschungsergebnisse	306
3. Verfälschungstendenzen und ihre Varianten	308
4. Überprüfung in Gutachten, Umgang mit Beschwerdeschilderungen des Versicherungsnehmers, Validierungstests	310
5. Berücksichtigung privater Umstände und des Behandlungsverlaufs	314
6. Folgen festgestellter Verfälschungstendenzen	315
7. Im Nachprüfungsverfahren festgestellte frühere Verfälschungstendenzen	317
VII. Gesundheitliche oder anderweitige Überforderung („Raubbau“)	317
1. Grundsätze	317
2. Unzumutbare Überforderung	319
3. Hypothetische Verläufe, nur „drohende“ Verschlechterungen, vorbeugende Arbeitseinstellung	320
VIII. Kausalität der Gesundheitsbeeinträchtigung für die BU („infolge“ uÄ)	324
1. Ausgangsüberlegungen	324
2. Wirtschaftliche Gründe für die Berufsaufgabe	325
3. Gesundheitliche, aber „beherrschbare“ Gründe	325
4. „Mittelbare“ Berufsunfähigkeit durch Berufsverbot (IfSG), „Infektionsklauseln“, Entzug der Fahrerlaubnis	329
IX. Zeitpunkt bzw. Beginn der Berufsunfähigkeit	334
1. Stichtagsprinzip, retrospektive Beurteilung	334
2. Nach dem Stichtag neu auftretende Krankheiten	336
X. Dauer der Berufsunfähigkeit (Prognose)	337
1. Grundsätze	337
2. Beginn der Prognose, rückschauende Betrachtung	339
3. Dauerhaftigkeit, Zeitraum	341
a) Definierter Zeitraum	341
b) „Voraussichtlich dauernd“ uÄ	341
c) „Voraussichtlich mindestens sechs Monate“, „tatsächlich mindestens sechs Monate“ uÄ	344
d) Alternative AVB-Regelungen	348

4. Vermutete bzw. fiktive/fingierte Berufsunfähigkeit	348
a) Grundsätze	348
b) Fiktion erfasst nur Prognose	349
c) Konkrete Voraussetzungen, Arbeitsunfähigkeit, Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung	350
d) Eintritt des Versicherungsfalles, Beginn der Leistungspflicht .	351
5. Ununterbrochene BU („Episoden“, „Schübe“ o.Ä)	352
6. Noch nicht mögliche Prognose	355
XI. Vorvertragliche oder „mitgebrachte“ Berufsunfähigkeit, Nachvertraglichkeit	356
1. Begriff der Vorvertraglichkeit, „vorprogrammiertes“ Scheitern im Beruf	356
2. Objektive Unfähigkeit, Kenntnis ist unerheblich	358
3. Raubbau ist unerheblich	359
4. Verzicht auf den Einwand der Vorvertraglichkeit	359
5. Vorvertragliche Berufsunfähigkeit und Rückwirkungsfiktion	360
6. Kein Ausschluss der Vorvertraglichkeit wegen vereinbarter Verweisung	361
7. Nachvertraglichkeit	362
8. Beweislast	363
XII. Abgeschlossene bzw. beendete Berufsunfähigkeit	363
XIII. Keine Bindungswirkung von Drittentscheidungen	365
1. Bewilligte Erwerbsminderungsrente	365
2. Anerkennung einer Schwerbehinderung oder Berufskrankheit ...	366
3. Bezug von Krankentagegeld, Berufsunfähigkeit in der Krankentagegeldversicherung	366
4. Anerkennung einer Berufsunfähigkeit durch einen anderen Versicherer	366
XIV. Darlegungs- und Beweislast	367
1. Grundsätze	367
2. Besonderheiten der Darlegung von psychischen Beschwerden und Schmerzen	371
3. Beweis und Beweismaß bei psychischen Beschwerden, Schmerzen und anderen schwer objektivierbaren Symptomen	373
XV. Prozessuale Besonderheiten	375

**Kapitel 7. Medizinische Sachverständigengutachten zur
Berufsunfähigkeitsversicherung**

I. Allgemeines	381
II. Fragestellungen, Inhalt des Gutachtens	382
III. Auswahl von Sachverständigen	383
IV. Grundsätze der Begutachtung	386
1. Allgemeines	386
2. Formale Mindestanforderungen an Gutachten	386
3. Erforderliche Objektivierung, Leitlinienorientierung	387
4. Bedeutung von Behandlungsunterlagen, Vorbefunden und Vordiagnosen für die Begutachtung	391
V. Beurteilung der beruflichen Leistungsfähigkeit	393
1. Grundsätze	393
2. Kein „Nachexplorieren“ beruflicher Aspekte	394
3. Bewertung von Arbeitsunfähigkeit	395

VI. Besonderheiten von psychiatrischen Gutachten	395
1. Überblick	395
2. Grundsatz der strukturierten Vorgehensweise	396
3. Leitlinienorientierung, Anamnese, Befunderhebung, Diagnosestellung, Leistungsbewertung	397
4. Objektivierung und Plausibilitätsprüfung, Beschwerdenvalidierung	401
a) Grundsätze	401
b) Beschwerdenvalidierung	402
c) Umgang mit einer unterbliebenen Beschwerdevalidierung ...	406
d) Testpsychologische Verfahren	406
VII. Teilnahme von Dritten an der gutachterlichen Untersuchung	413
VIII. Untersuchungsverweigerung	416
IX. Einsichtsrecht in Gutachten	416
X. Besonderheiten bei gerichtlichen Sachverständigengutachten	417
1. Keine Sachverständigenbeauftragung vor Klärung streitiger Tätigkeiten	417
2. Vorgehen des Gerichts, Beweisbeschluss, Vorgaben an den Sachverständigen	417
3. Ablehnung des gerichtlichen Sachverständigen wegen Befangenheit	420
4. Persönliche Erstellung des Gutachtens durch den gerichtlichen Sachverständigen	423
5. Untersuchung durch den Sachverständigen, keine eigenen Ermittlungen zum Beruf	425
6. Unzulässige Fremdanamnese	426
7. Auswertung des Gutachtens, typische Qualitätsmängel, Überzeugungsbildung des Gerichts	427
8. Vorgehen gegen das Gutachten, Anhörung des Sachverständigen	431
9. Bedeutung von Privatgutachten im Gerichtsverfahren	435
a) Problematik	435
b) Qualifizierter Parteivortrag	435
c) Vorgehen bei widersprüchlichen Gutachten	437
10. Weiteres Sachverständigengutachten, „Obergutachten“	438
11. Entfall bzw. Rückerstattung der Sachverständigenvergütung	440
12. Erstattungsfähigkeit von Privatgutachterkosten	441
a) Grundsätze	441
b) Kosten des Versicherungsnehmers	442
c) Kosten des Versicherers	442
XI. Haftung des Sachverständigen	443

Kapitel 8. Konkrete und abstrakte Verweisung

I. Überblick	445
II. Individuelle Zumutbarkeitsgrenzen einer Verweisung (Gesundheit, Qualifikationen, Kenntnisse, Fähigkeiten, Ausbildung, Erfahrung uÄ)	447
1. Keine BU im Verweisungsberuf	447
2. Bedingungstext und Treu und Glauben als Maßstab der beruflichen Prüfung	449
3. Über- und Unterförderungsverbot, keine Unterwertigkeit	452
III. Vergleichbarkeit der Lebensstellung	455
1. Begriffe, AVB-Klauseln	455

2. Vergleichbarkeit der Berufe bzw. Qualifikationen	457
a) Grundsätze	457
b) Beispiele (Kenntnisse, Fähigkeiten, Erfahrungen etc)	458
3. Einkommen	460
a) Grundsätze	460
b) Einkommensermittlung/-berechnung	461
c) Einkommensvergleich, Zumutbarkeit finanzieller Einbußen	473
4. Wertschätzung	481
a) Grundsätze	481
b) Bewertungskriterien	483
c) Kein Ausbildungsberuf, wechselnde Erwerbsbiografie, Ehrenämter	487
d) Beispiele	489
e) Besonderheiten bei der Verweisung von Selbstständigen	492
f) Besonderheiten bei Beamten	495
5. Berücksichtigung von Aufstiegschancen, Perspektiven, Entwicklungsmöglichkeiten und Abstiegsmöglichkeiten	497
6. Kompensation/Ausgleich von Verschlechterungen auf der einen durch Verbesserungen auf der anderen Seite, Gesamtbetrachtung	499
IV. Besonderheiten der konkreten Verweisung	503
1. Überblick	503
2. Vergleichbarkeit der Tätigkeiten	504
a) Andere Tätigkeit	504
b) Wahrung der Lebensstellung	504
c) Einkommensvergleich; Sonderfall AVB-Klausel „erzielbares“ oder „erreichbares“ Einkommen	506
d) (Mindest-)Dauer der neuen Tätigkeit, Befristungen, Probezeit	507
e) Teilzeittätigkeiten, (gezielte) Minderarbeit des Versicherten, faktische Bindungswirkung der neuen Berufswahl	509
3. Beendigung der Verweisungstätigkeit, mögliches Wiederaufleben der Leistungspflicht	511
4. Leidensbedingter Wechsel in den Verweisungsberuf und ähnliche Fälle	514
V. Besonderheiten der abstrakten Verweisung	515
1. Bedeutung des Arbeitsmarktes	515
a) Grundsatz: keine Arbeitsplatzversicherung	515
b) Zugang zum Verweisungsberuf, offener und verdeckter Arbeitsmarkt	515
c) Nischen- und Fantasieberufe, Wahl- und Ehrenämter	516
d) „Unvermittelbarkeit“ des Kranken im Arbeitsmarkt	519
2. Mobilitätsanforderungen, Anfahrt zum Arbeitsplatz	520
3. Verlernen, Vergessen, „Verblässen“	523
4. Höchstpersönliche Eigenschaften	524
5. Einarbeitung, Erwerb zusätzlicher Kenntnisse, Fortbildung etc ...	524
VI. Verweisung von Auszubildenden, Schülern, Studenten, Umschülern, An- und Ungelernten, Arbeitslosen	527
1. Auszubildende, Schüler, Studenten	527
a) Ausgangsüberlegungen	527
b) BGH-Rechtsprechung zum Ausbildungsziel	527
c) Praktische Konsequenzen	528
d) Vergleichbarkeit	529
2. Umschüler	531

3. Angelernte, Ungelernte	531
4. Arbeitslose	532
VII. Darlegungs- und Beweislast	533
1. Abstrakte Verweisung	533
a) Berufliche Voraussetzungen	533
b) Medizinische Voraussetzungen	536
2. Konkrete Verweisung	537
VIII. Prozessuale Besonderheiten	539

Kapitel 9. Leistungsprüfung des Versicherers

I. Überblick	541
II. Beginn und Ende der Leistungsprüfung	542
III. Prüfung einer vorvertraglichen Anzeigepflichtverletzung	543
IV. Prämienstundung	543
V. Klärung des Berufsbildes und Gutachterbeauftragung	544
VI. Detektivbeauftragung, Observation	546
1. Problemaufriss	546
2. Grundsätze	546
3. Begründeter Anlass zur Observierung	547
4. Rückschau nach Vorliegen des Ermittlungsergebnisses	548
5. Angemessenheit, „unlautere“ Observierungen	549
6. Verwertung von Observierungsergebnissen	550
a) Art und Weise der Verwertung	550
b) Rechtswidrig erlangte Observierungsergebnisse	550
7. Datenschutz	551
8. Prozessuales	551
9. Erstattung von Observierungskosten	552
VII. Nach dem Leistungsantrag neu auftretende Krankheiten	554
VIII. Vorgetäuschter Leistungsfall, Täuschung im Leistungsfall, Betrugsverdacht, Dubiosfälle	555
IX. Anrufung eines Arzteausschusses	557

Kapitel 10. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers

I. Grundsätze	559
1. Gesetzliche und vertragliche Obliegenheiten	559
2. Aufnahme neuer Obliegenheiten in die AVB	560
II. Obliegenheiten vor Eintritt des Versicherungsfalles	560
III. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles (Erstprüfung) ..	561
1. Auskunfts- und Informationsobliegenheiten	561
a) Grundsätze	561
b) Anzeige/Meldung des Versicherungsfalles	563
c) Verspätete Anzeige/Meldung des Versicherungsfalles	565
d) Versicherungsschein, Beitragsnachweis, Zeugnis über den Tag der Geburt	569
e) Ärztlicher Nachweis, Darstellung der Ursache, Arztberichte, Pflegenachweis	570
f) Unterlagen über den Beruf	575
g) Ärztliche Untersuchungen	578
h) Einholung von Gesundheitsdaten, Erteilung einer Schweigepflichtsentbindung	588
i) Weitere notwendige Nachweise, zusätzliche Auskünfte	590
j) Auskunft über andere Versicherungen	591

2. Klauseln zu Heilmaßnahmen, Befolgung ärztlicher Anordnungen	592
3. Obliegenheiten aus Treu und Glauben, Kompensationsmöglichkeiten	593
a) Grundsätze	593
b) Heilmaßnahmen	595
c) Kompensations- und Schutzmaßnahmen (Hilfsmittel etc)	598
d) Anspruch des Arbeitnehmers auf Arbeitsplatzanpassung	601
e) Sonderfall: Gesunderhaltungspflicht von Beamten	602
IV. Obliegenheiten in der Nachprüfung bzw. nach Eintritt der Berufsunfähigkeit	603
1. Mitteilung einer Gesundheitsverbesserung, Wiederaufnahme bzw. Änderung beruflicher Tätigkeit	603
2. Auskünfte und Nachweise	604
3. Ärztliche Untersuchungen, Untersuchungsverweigerung	606
V. Folgen der Verletzung von Obliegenheiten	606
1. Grundsätze	606
2. Nachprüfungsverfahren: Fälligkeitseinwand, fiktive (formelle) Nachprüfung und weitere Möglichkeiten	607
3. „Echte“ Obliegenheitsverletzung bei Neuverträgen oder angepassten Altverträgen	609
a) Überblick	609
b) Verschulden, Leistungsfreiheit, Quotelung	610
c) Belehrungserfordernis (§ 28 Abs. 4 VVG)	612
d) Kausalitätsgegenbeweis	613
e) Nachholung der Obliegenheit	614
f) Checkliste Prüfung einer vertraglichen Obliegenheitsverletzung	615
4. Obliegenheitsverletzung bei vor 2008 geschlossenen und nicht angepassten Verträgen (Altverträge)	615
VI. Darlegungs- und Beweislast	619
VII. Prozessuale Besonderheiten	620
Kapitel 11. Vereinbarungen zwischen Versicherer und Versicherungsnehmer	
I. Grundsätze	621
II. Rechtsfolgen wirksamer und unwirksamer Vereinbarungen	622
III. Wirksamkeit von Vereinbarungen	624
1. Kernaussagen der Rechtsprechung	624
2. Kriterien für bzw. gegen einen Verstoß gegen Treu und Glauben oder Sittenwidrigkeit	626
3. Aufklärung durch den Versicherer	627
IV. „Abkaufen“ des Klagerechts nach Anfechtung oder Rücktritt gegen Prämienerstattung	630
V. Vergleichsabschluss im Rechtsstreit	630
Kapitel 12. Anerkenntnis und Ablehnung der Leistungen	
I. Überblick	631
II. Rechtsfolgen des Anerkenntnisses, Bindungswirkung	632
III. Rechtsnatur des Anerkenntnisses	635
IV. Erklärung, notwendiger Inhalt, Auslegung, konkludentes Anerkenntnis	637
V. Gebotenes bzw. fingiertes Anerkenntnis	638

VI. Befristetes Anerkenntnis	642
1. Grundsätze	642
2. Einmalige Befristung	644
a) Dauer der Befristung, Bindungswirkung	644
b) Sachlicher Grund	645
c) Begründung der Befristung	647
3. Befristung auch bei fingierter Berufsunfähigkeit?	648
4. Rückwirkend befristetes Anerkenntnis, Befristung für abgeschlossene vergangene Zeiträume	649
5. Wirksamkeit von AVB-Klauseln zur Befristung	652
a) Rechtsprechung zum VVG aF	652
b) Mehrmalige Befristungen	653
c) Vorteilhafte Alt-Klauseln	653
d) Klauseln mit Verweisierungsvorbehalt	653
e) Kein sachlicher Grund in Klausel vorgesehen	656
6. Vorgehen nach Ablauf der wirksamen Befristung	656
a) Grundsätze	656
b) Verwirrendes Verhalten, Treu und Glauben, Weiterzahlung der Rente	657
c) Individuelle Vereinbarungen	657
VII. Beseitigung des Anerkenntnisses, Anfechtung wegen Täuschung oder Irrtum	658
VIII. Darlegungs- und Beweislast	659
IX. Ablehnung des Leistungsanspruchs	659
X. Prozessuale Besonderheiten	660
XI. Streitwert	660
 Kapitel 13. Kulanzleistungen des Versicherers	
I. Abgrenzung Anerkenntnis – Vereinbarungen – Kulanzleistungen ...	661
II. Voraussetzungen einer wirksamen Kulanzleistung	661
III. Rechtsfolgen	665
 Kapitel 14. Nachprüfungsverfahren	
I. Überblick	667
II. AGB-Wirksamkeit von Klauseln	669
III. Kein „eigenes“ Nachprüfungsrecht des Versicherten	672
IV. Mitwirkungsobliegenheiten aus den Bedingungen und § 31 VVG ..	672
V. Häufigkeit der Nachprüfung	674
VI. Materielle Voraussetzungen einer wirksamen Nachprüfung	674
1. Überblick	674
2. Verbot des Nachschiebens	675
a) Vergleich Erstprüfung – Nachprüfung	675
b) Maßgeblicher Vergleichszeitpunkt, Vergleich frühere und spätere Nachprüfungen, Verbot des Nachschiebens	675
c) Bindungswirkung der in der Erstprüfung mitgeteilten Umstände, Nachprüfung als Spiegelbild der Erstprüfung, „Nachschieben“ neuer Aspekte	677
3. Gesundheitsverbesserung	681
4. Sonderfall: Irrtümliches Anerkenntnis = kein Nachweis einer Gesundheitsverbesserung möglich?	684
a) Versicherer übersieht relevante Aspekte	684
b) Problem: Berufsunfähigkeit hat objektiv nie bestanden	685

5. Neue Umorganisationsmöglichkeit	691
6. Neue Verweisungsmöglichkeit	695
a) Grundsätze	695
b) Neue berufliche Fähigkeiten, Umschulung	697
c) Treu und Glauben	703
d) Einkommensvergleich, „Hochrechnung“ des früheren Einkommens, fiktive Einkommensfortschreibung	704
e) Folgen der Beendigung einer konkreten Verweisungstätigkeit	708
7. Besonderheiten bei bestimmten Berufen und Sonderklauseln	708
a) Auszubildende, Schüler, Studenten	708
b) Beamte	710
c) Erwerbsminderungsrente durch gesetzlichen Rentenversicherer	712
VII. Formelle Voraussetzungen einer wirksamen Nachprüfung	713
1. Überblick	713
2. Zweck der formellen Anforderungen	714
3. Anforderungen an die formelle Wirksamkeit	715
a) Nachvollziehbarkeit, Vergleichsbetrachtung: Grundsätze	715
b) Mitteilung an „den Richtigen“, Zugang	716
c) Zu vergleichende Zeitpunkte	717
d) Fehlende Nachvollziehbarkeit durch mangelhafte Gestaltung, formelle Fehler	717
e) Vergleichsbetrachtung Gesundheitsverbesserung	718
f) Vergleichsbetrachtung neue Verweisung	729
g) Vergleichsbetrachtung neu erfolgte Umorganisation	732
h) Nachvollziehbarkeit: Auslegung, Begleitumstände, mehrere Einstellungsschreiben	733
i) Einbeziehung neu aufgetretener Leiden	734
j) Sind deckungsgleiche Zeitpunkte erforderlich?	736
k) Bezugnahme auf Gutachten	737
l) Beifügung bzw. Herausgabe von Gutachten/ Bewertungsunterlagen	738
m) Besonderheiten bei Untersuchungsverweigerung	740
4. Korrektur/Nachholung der Entscheidung, Nachprüfung im Rechtsstreit, hilfsweise Nachprüfung	740
VIII. Verzicht auf Nachprüfung	744
IX. Rechtsfolgen der Nachprüfung, Schonfrist, Verjährung	744
X. Verbindung von Anerkenntnis und Nachprüfung „uno actu“; rückwirkende Leistungseinstellung bei bereits wieder entfallener Berufsunfähigkeit	746
1. Begrifflichkeiten	746
2. Rechtsnatur und inhaltliche Anforderungen	748
3. Alternative Lösungen anstelle von „uno actu“	749
4. Sonderfall: Bei Anzeige bereits entfallene Berufsunfähigkeit und rückwirkend befristetes Anerkenntnis	750
5. Fehlende Mitwirkung des VN	752
6. Schonfrist (§ 174 Abs. 2 VVG)	753
XI. Rückforderung rechtsgrundlos erbrachter Leistungen (täuschender Versicherungsnehmer)	754
XII. Darlegungs- und Beweislast	755
XIII. Prozessuale Besonderheiten	758
1. Gerichtlicher Titel liegt nicht vor	758

2. Gerichtlicher Titel liegt vor, insbesondere Vollstreckungsabwehrklage	759
3. Beweisaufnahme bei einer Gesundheitsverbesserung, Untersuchung durch den gerichtlichen Sachverständigen	760
4. Beweisaufnahme bei einer Verweisung und Umorganisation	761

Kapitel 15. Risikoausschlüsse, sonstige Einschränkungen, Gefährerhöhung

I. Grundsätze und AGB-Prüfung	763
II. Risikoausschlüsse wegen Vorerkrankungen	765
III. Einzelne Risikoausschlüsse in den AVB	768
1. Straftaten	768
2. Innere Unruhen	772
3. Absichtliche Herbeiführung der Gesundheitsbeeinträchtigung, versuchte Selbsttötung	773
a) Grundsätze	773
b) Beweislast, Beweismwürdigung	775
c) Krankhafte Störung der Geistestätigkeit	776
4. Vorsätzliche Herbeiführung der Berufsunfähigkeit oder von Krankheit des Versicherten durch den Versicherungsnehmer	779
5. Strahlen, Kernenergie	779
6. Kriegsereignisse	781
a) Überblick	781
b) Kriegsbegriff	782
c) Grauzonen	783
d) Wiedereinschluss, Begrenzung des Schutzzwecks, Kausalität	785
e) AGB-Wirksamkeit	786
7. Einsatz von atomaren und ähnlichen Waffen	787
8. Unfälle bei bzw. durch Luftfahrten	788
9. Kraftfahrzeugrennen	789
10. Abschluss bei Wiederaufleben der (vollen) Leistungspflicht	792
11. Sonstige Klauseln	792
IV. Ursächlichkeit, Mitursächlichkeit, Multikausalität	792
V. Gefährerhöhung	794
VI. Auslandsaufenthalte, Inlands- und Auslands klauseln	796
VII. Darlegungs- und Beweislast	797

Kapitel 16. Gesundheitsdaten und Datenschutz

I. Basiswissen	799
II. Auswirkungen der DS-GVO	801
III. Klauseln in den Bedingungen	806
IV. Erforderlichkeit und Umfang der Datenerhebung	807
V. Anwendungsbereich des § 213 VVG	809
VI. Datenerhebung im Leistungsfall, der „gestufte Dialog“	811
1. BGH vom 22.2.2017	811
2. Ablauf des gestuften Dialogs	812
3. Sondersituationen (limitierte Anfrage, aber „volle“ Datenaushändigung etc), Datenverwertungsverbot	814
VII. Alternative zum gestuften Dialog: Die generelle Schweigepflichtsentbindung, Informationspflichten des Versicherers	814
VIII. Code of Conduct: „Daten-Selbstlimitierung“, Berücksichtigung des gestuften Dialogs	817

IX. Informationsverweigerung	819
1. Beim Vertragsschluss	819
2. Im Leistungsfall	819
3. Außerhalb eines Leistungsfallles	821
X. Fehlerhafte und rechtswidrige Datenerhebung	821
1. Ausgangssituation	821
2. Verwertbarkeit rechtswidrig erlangter Informationen (außergerichtlich)	821
a) Grundsätze und maßgebliche Rechtsprechung	821
b) Beispiele für vorrangige Versichererinteressen	823
c) Beispiele für vorrangige VN-Interessen	825
3. Verwertbarkeit rechtswidrig erlangter Informationen vor Gericht	825
XI. Besonderheiten beim verstorbenen Versicherten	826
XII. Prozessuale Besonderheiten	828
1. Darlegungs- und Beweislast	828
2. Fehlende Fälligkeit: Tenor, sofortiges Anerkenntnis	829

Kapitel 17. Kündigung der Berufsunfähigkeitsversicherung

I. Kündigung durch den Versicherungsnehmer	830
1. Grundsätze, AVB-Regelungen	830
2. Kündigungserklärung, Hinweispflicht des Versicherers	831
3. Besonderheiten bei der BUZ	832
4. Kündigung nach Eintritt des Versicherungsfalles	832
5. Rückkaufswert	834
6. Besonderheiten bei Abtretung, Pfändung, Insolvenz	836
II. Kündigung durch den Versicherer	836
1. Ordentliche und gesetzlich zulässige Kündigung	836
2. Fristlose Kündigung	837

Kapitel 18. Besonderheiten des Berufsunfähigkeits-Prozesses von A–Z

I. Aktivlegitimation	840
II. Berufung	841
III. Bestreiten	843
IV. Beweisaufnahme	848
1. Grundsätze	848
2. Parteianhörung, Parteivernehmung	849
3. Beweisbeschluss, Vorgaben an den Sachverständigen	850
4. Antezipierte Beweisaufnahme, „Vorabgutachten“ (§ 358a Nr. 4 ZPO)	850
5. Untersuchungsverweigerung des Versicherten	853
6. Zeugenbeweis und Vernehmungstechnik	853
a) Behandelnder Arzt als Zeuge	853
b) Art der Zeugenbefragung	853
c) „Zeugenkomplott“	854
7. Sachverständigenbeweis, Gutachtenerstellung	855
V. Beweismaß, Beweiswürdigung	855
VI. Einstweiliger Rechtsschutz	856
VII. Gerichtsstand	858
VIII. Hinweispflicht des Gerichts (§ 139 ZPO), insbes. zu Substantiierungsmängeln	858
IX. Klageantrag	862

X. Klageart	864
1. Leistungsklage	864
2. Feststellungsklage	865
a) Subsidiarität	865
b) Feststellung der Berufsunfähigkeit	866
c) Streitiger Fortbestand des Vertrages (nach Anfechtung etc) ..	866
3. Überschussbeteiligung, Bonusrente, Dynamikerhöhung	868
4. Checkliste typischer Praxisfälle	869
XI. Klagefrist des § 12 Abs. 3 VVG aF	869
XII. Neue, nachgeschobene Erkrankungen	869
XIII. Prozesskosten und Quotelung	869
XIV. Prozesskostenhilfe	870
XV. Prozessvergleich (einschließlich Barwertberechnung)	871
XVI. Rechtskraft des Urteils (Umfang), Präklusion	873
XVII. Rechtsschutzbedürfnis	874
XVIII. Rubrumsberichtigung, fehlende Passivlegitimation	875
XIX. Schlüssigkeit der Klage	877
XX. Selbstständiges Beweisverfahren	878
XXI. Streitverkündung	880
XXII. Vollstreckungsabwehrklage	881
XXIII. Zinsen	881

Kapitel 19. Streitwert, Gebührenstreitwert

I. Antrag auf Leistungen aus der Berufsunfähigkeitsversicherung	882
II. Antrag auf Fortbestand der Versicherung (Rücktritt, Anfechtung etc)	884
1. Überblick	884
2. Isolierte Feststellungsklage	885
3. Kombinierte Klage	886
4. Haupt- und Zusatzversicherung sind streitig.	887
5. Hilfsanträge	888
6. Vertragsanpassung	888
III. Dynamikerhöhungen, Überschussbeteiligung, Bonusrente	889
IV. Vergleich, Mehrvergleich	889
V. Zahlung laufender Beiträge	892

Kapitel 20. Pfändbarkeit, Verpfändung, Abtretung und Insolvenz

I. Pfändbarkeit	893
1. Überblick	893
2. Renten von Arbeitnehmern, Beamten	894
3. Renten von Selbstständigen, Freiberuflern	895
a) Pfändungsschutz nach § 850 Abs. 3 Buchst. b ZPO	895
b) Pfändungsschutz nach § 850b ZPO	896
c) Pfändungsschutz nach § 851c ZPO	896
4. Beitragsbefreiung	898
5. Zahlungen im Wege eines Vergleichs	898
6. Umwandlung der Lebensversicherung mit Berufsunfähigkeits- Zusatzversicherung in eine pfändungsgeschützte Rentenversicherung	898
II. Abtretung und Verpfändung	901
1. Grundsätze	901

2. Isolierte Abtretung von Lebensversicherungsansprüchen, Kündigung durch Zessionar	903
III. Insolvenz	905

**Kapitel 21. Vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung in der Berufsunfähigkeits-
und Lebensversicherung**

I. Überblick und Prüfungsschema	911
II. Prüfung einer Anzeigepflichtverletzung im Leistungsfall	915
1. Grundsätze, Berechtigung zur Prüfung	915
2. Dateneinholung, der „gestufte Dialog“, Datenverwertungsverbot	917
3. Vorgehen bei unvollständigen, bruchstückhaften Informationen	918
III. Formalien der Antragstellung: Eigene Fragen, Textform, Belehrung	919
1. Kein „Formalitäten-Schutz“ bei arglistiger Täuschung	919
2. Ordnungsgemäß ausgeübtes Fragerecht des Versicherers	919
a) Überblick	919
b) Eigene Frage des Versicherers	920
c) Textform der Fragen	921
d) Kenntnis der Antragsfragen, Zugangserfordernis, Sprachprobleme	923
3. Belehrung bei Antragstellung (§ 19 Abs. 5 VVG)	927
a) Überblick, Geltungsbereich (Arglist), Folgen falscher Belehrung	927
b) „Gesonderte Mitteilung“ und Standort der Belehrung	930
c) Optik der Belehrung	932
d) Text und Inhalt der Belehrung	936
e) Textform, Möglichkeit der Kenntnisnahme, Zeitpunkt, Sonstiges	941
IV. Anzeigepflichtige Umstände in der BUV (Gefahrerheblichkeit)	941
1. Begriff des Gefahrumstandes	941
2. Objektive und subjektive Gefahrerheblichkeit, Aufdeckung der Geschäftsgrundsätze	944
3. Offenkundige Gefahrerheblichkeit	946
4. Gefahrerhebliche Umstände in der Praxis	950
a) Überblick-Tabelle zur Gefahrerheblichkeit (alphabetisch) ...	950
b) Mobbing	959
c) Gendefekte	959
d) Falsches Alter	960
V. Täuschung (objektiver Tatbestand der Anzeigepflichtverletzung) ...	961
1. Überblick	961
2. Beteiligung mehrerer Personen (Vertreter des Versicherungsnehmers, Dritte – bspw. Eltern –, versicherte Person)	962
3. Kenntnis des gefahrerheblichen Umstandes, „Vergessen“	963
a) Kenntnis	963
b) Vergesslichkeit	965
4. Täuschung, Falschbeantwortung, grds. keine eigene Bewertung, ungenauere Antworten	971
5. Spontane Anzeigepflichtverletzung bei nicht oder falsch erfragten Umständen	975
a) Meinungsstreit	975
b) Verkürzte Gesundheitsfragen	978
6. Verletzung einer Nachmeldeobligiertheit	980

7. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Falschbeantwortung, Anzeigepflicht bei Änderung und Wiederherstellung der Versicherung	981
VI. Antragsfragen (insbesondere Gesundheitsfragen)	982
1. Überblick, Auslegung von Fragen	982
2. Verständnisprobleme, konkretisierende Hinweise und Fragen	984
3. Weite bzw. „globale“ oder „offene“ Fragen	985
4. Von vornherein unzulässige Fragen	987
5. Auskunft grds. ohne eigene Bewertung	988
6. Typische „problematische“ Antragsfragen	989
a) Abgefragte Zeiträume	989
b) Verkürzte Gesundheitsfragen, vereinfachte Gesundheitsprüfung	990
c) Fragen mit Werturteilen („gewohnheitsmäßig“ uÄ)	991
d) Krankheiten, Störungen, Beschwerden	993
e) Ausgeheilte Gesundheitsbeeinträchtigungen	1005
f) Untersuchungen, Beratungen, Behandlungen („Arztfrage“) ..	1006
g) „Psyche-Fragen“	1009
h) Krankenhaus	1010
i) Drogen, Alkohol, Medikamente, Suizid	1012
j) (Schwer-)Behinderungen	1014
k) Arbeitsunfähigkeit, Krankschreibungen	1015
l) Sonderfall: „Pro-forma“-Krankschreibungen und Gefälligkeitsatteste	1015
m) Beruf, Einkommen	1019
n) Tabakkonsum, Rauchen	1020
o) Vorversicherungen, anderweitige Versicherungen	1020
p) Besondere Gefahren (Sport, Hobbys etc)	1020
7. Beispiele aus der Rechtsprechung nach Erkrankungsgruppen	1021
a) Bereich Bewegungsapparat	1021
b) Bereich Psyche	1022
c) Sonstige Beschwerden/Erkrankungen	1023
VII. Kenntnis des verschwiegenen Gefahrumstands beim Versicherer	1023
1. Überblick	1023
2. Begriff der Kenntnis	1023
3. Kenntnis durch globale Fragen und ungenaue Antworten	1024
4. Unterstellte Kenntnis, Datenbankabfrage, Konzernverbundenheit	1025
5. Kenntniszurechnung des Wissens Dritter, „Auge-und-Ohr“	1026
a) Grundsätze	1026
b) Vertreter des Versicherers	1028
c) Ausnahmen der Wissenszurechnung	1029
d) Sonderfall: Der „beschwichtigende“ Versicherungsvertreter, einschränkende Bemerkungen	1036
6. Kenntnis des Versicherers durch gebotene, aber unterbliebene Nachfrage (Nachfrageobliegenheit)	1038
a) Grundsätze	1038
b) Anlass zur Nachfrage	1039
c) Ausnahme: Arglist	1044
VIII. Verschuldensbemessung	1044
1. Grundsätze	1044
2. Definitionen	1045
3. Entlastende Umstände (Beispiele)	1048

IX. Rechtsfolgen der Anzeigepflichtverletzung	1049
1. Arglistige Anzeigepflichtverletzung	1049
2. Vorsätzliche Anzeigepflichtverletzung	1050
3. Grob fahrlässige Anzeigepflichtverletzung, Vertragsanpassung ...	1051
a) Überblick	1051
b) Schaubild Vertragsanpassung	1052
c) „Andere Bedingungen“	1052
d) Konkrete Rechtsfolgen	1053
4. Fahrlässige und schuldlose Anzeigepflichtverletzung	1056
5. Kausalitätsgegenbeweis	1057
X. Besonderheiten der Arglistanfechtung	1059
1. Überblick	1059
2. Täuschung	1060
a) Grundsätze	1060
b) Täuschung durch Dritte (zB Versicherungsmakler)	1062
3. Arglist	1063
a) Grundsätze und Begriff	1063
b) Indizien für Arglist	1066
c) Indizien gegen Arglist	1074
4. Kausalität	1076
XI. Ausübung der Rechte durch den Versicherer	1078
1. Erklärung von Anfechtung und den Rechten des § 19 VVG, Zugang, Formerfordernis	1078
2. Begründung des Gestaltungsrechts, Nachschieben von Gründen .	1080
3. Umdeutung von Gestaltungserklärungen	1084
4. Hilfsweise Ausübung von Gestaltungsrechten	1086
5. Verzicht auf die Sanktionsrechte, Rücknahme einmal ausgesprochener Gestaltungsrechte, Verlust nach Treu und Glauben	1087
XII. Fristen	1090
1. Ausschlussfristen	1090
2. Monatsfrist	1092
a) Grundsätze	1092
b) Diffuse Anzeigepflichtverletzung, Kenntnis des Verschuldensgrades	1094
3. Anfechtungsfrist	1096
4. Unverlangt überlassene Daten, gestufter Dialog	1097
XIII. Darlegungs- und Beweislast	1097
1. Grundsätze	1097
2. Täuschung, Kenntnis des Gefahrumstandes, „Vergessen“	1099
3. Besonderheiten bei „Auge und Ohr“	1100
4. Verschulden	1104
a) Rücktritt, Vertragsanpassung, Kündigung	1104
b) Arglist, sekundäre Darlegungslast („Plausibilitäts- Rechtsprechung“)	1105
XIV. Prozessuale Besonderheiten	1108
1. Klageart	1108
2. Persönliches Erscheinen, Anhörung, Frage- und Vernehmungstechnik	1108
3. Zeugenvernehmung (insbesondere Ärzte)	1110
4. Beweiswürdigung	1111
5. Anwaltskosten	1112
6. Rechtsweg bei Pflegeversicherung mit Berufsunfähigkeits- Zusatzversicherung	1112

Kapitel 22. Ähnliche Versicherungen und BU-Begriffe von A–Z

I. Grundsätzliches, tabellarischer Überblick zu den verschiedenen BU-Begriffen	1113
II. Arbeitsunfähigkeitsversicherung, AU-Klauseln	1115
1. Kombination von Berufs- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung ..	1115
a) Überblick	1115
b) Musterbedingungen	1115
c) Einzelfragen	1116
d) Verhältnis von AU-Leistungen zur Berufsunfähigkeit	1117
2. Ratenschutz- und Restschuld-Arbeitsunfähigkeitsversicherung ..	1120
3. Prozessuale Besonderheiten	1121
III. Erwerbsunfähigkeitsversicherung	1121
1. Überblick, Begriff der Erwerbsunfähigkeit	1121
2. Vereinbarung und AGB-Problematiken	1125
IV. Gesetzliche Rentenversicherung und Erwerbsminderung	1126
1. Entwicklung bis 2001	1126
2. Entwicklung seit 2001	1129
V. Krankentagegeldversicherung, Leistungsende bei Berufsunfähigkeit ..	1130
1. Berufsunfähigkeit in der Krankentagegeldversicherung, Vereinbarung und AGB-Problematiken	1130
2. Wirksamkeit des § 15 MB/KT	1132
3. Unterschiedliche Begriffe der Berufsunfähigkeit	1133
4. Keine „Übernahme“ anderweitiger Berufsunfähigkeit	1133
5. Voraussetzungen der Berufsunfähigkeit	1134
6. Folgen des BU-Eintritts in der Krankentagegeldversicherung	1136
7. Darlegungs- und Beweislast	1137
VI. Schwere-Krankheiten- und Grundfähigkeitsversicherung	1138
VII. Unfallversicherung	1139
VIII. Versorgungswerke, Berufsunfähigkeitsbegriff	1140
1. Begriff der Berufsunfähigkeits	1140
2. Beispiele aus der Rechtsprechung	1141

Kapitel 23. Spezielle Vertriebs- und Haftungsfragen (Vermittler, Versicherer)

I. Haftungstatbestände	1144
1. Vermittler	1144
2. Versicherer	1145
II. Abgrenzung Versicherungsvertreter – Mehrfachagent – Makler	1146
III. Beratungspflichten in der Berufsunfähigkeitsversicherung vor/bei der Antragstellung	1149
1. Überblick	1149
2. Beratungsanlass, Beratungsbedürfnis	1149
a) Grundsätze	1149
b) Konkrete Beratungsanlässe	1151
3. Inhalt der Beratung, Beratungspflichten	1152
4. Besonderheiten bei Maklern, Sachwalterstellung	1154
5. Beratung anlässlich einer Umdeckung	1157
6. Beratungspflichten bei gleichzeitiger Vermittlung von Berufsunfähigkeits- und Krankentagegeldversicherung	1160
7. Checkliste Vertragsanbahnung	1161

IV. Beratungspflichten in der Berufsunfähigkeitsversicherung während des Versicherungsverhältnisses	1162
1. Pflichten des Versicherers	1162
2. Pflichten des Vermittlers	1164
V. Dokumentationspflichten	1165
1. Grundsätze	1165
2. Handlungsempfehlungen, Checkliste	1166
VI. Informationspflichten	1167
1. Grundsätze	1167
2. Form der Informationserteilung, Produktinformationsblatt	1168
3. Rechtzeitige Informationserteilung	1169
VII. Verzicht auf Beratung, Dokumentation und Information	1171
VIII. Erfüllungshaftung	1172
IX. Mitverschulden des Versicherungsnehmers	1174
X. Verjährung von Haftungsansprüchen	1175
XI. Darlegungs- und Beweislast	1176
1. Grundsätze	1176
2. Beratung und Dokumentation (§§ 6, 61 VVG)	1177
a) Grundsätze und Beweiserleichterung	1177
b) Sekundäre Darlegungslast	1178
c) Verletzung von Dokumentationspflichten, Beweiserleichterung	1179
3. Falsche Informationserteilung (§§ 7, 62 VVG)	1180
XII. Prozessuale Besonderheiten	1181

Kapitel 24. Rechtsschutzversicherung und Streit um Berufsunfähigkeit, Erstattung außergerichtlicher Anwaltsgebühren

I. Rechtsschutzversicherung	1182
1. Beruflicher oder privater Bereich	1182
2. Keine Teilklageobliegenheit	1183
3. Versicherungsfall in der Rechtsschutzversicherung, Vorvertraglichkeit	1184
4. Vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung als Straftat iSd ARB ...	1185
II. Erstattung außergerichtlicher Anwaltsgebühren	1186

Kapitel 25 Ausblick, neue Entwicklungen

I. Entwurf neuer BUV-Bedingungen, Einschränkungen oder Erweiterungen des BU-Begriffs	1189
II. Medizinische Ausschnittsdeckungsklauseln	1192
III. Neue „Gesundheitstarife“, Telematik-Tarife, digitalisiertes Monitoring	1193
IV. Ausgestaltung als Schadensversicherung	1194

Teil 2. Muster, Formulare und Checklisten

Kapitel 26. Für das Gericht

I. Checkliste: Mindestvoraussetzungen Schlüssigkeit einer BU-Klage	1197
II. Beweisbeschluss: Musterformulierung	1198
III. Beweisbeschluss: Textvorschlag Beauftragung eines Sachverständigen zur „individuellen Prognose“	1199

Kapitel 27. Für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

I. Muster für einen außergerichtlichen „Stundenplan“ vom Mandanten	1200
II. Klage auf BU-Leistungen	1200
III. Checkliste: Auswahl der erforderlichen Klageanträge	1204
IV. Checkliste: Prüfung einer vorvertraglichen Anzeigepflichtverletzung	1205

Kapitel 28. Für Versicherungsunternehmen

I. Erstprüfung	1207
1. Checkliste Erstprüfung (grob)	1207
2. Checkliste Erstprüfung (detailliert)	1208
3. Checkliste: Prüfung einer vorvertraglichen Anzeigepflichtverletzung	1210
4. Formular für einen außergerichtlichen „Stundenplan“	1210
5. Checkliste zur Umorganisation	1210
6. Checkliste ärztlicher Nachweis	1211
7. Musterfragebogen für den Arzt des Versicherungsnehmers	1212
8. Außergerichtliche Beauftragung eines Sachverständigen: Begriff und Grundsätze der Berufsunfähigkeit	1214
9. Außergerichtliche Beauftragung eines Sachverständigen: Detaillierter Muster-Fragebogen	1215
10. Außergerichtliche Beauftragung eines Sachverständigen: Textvorschlag zur „individuellen Prognose“	1217
II. Nachprüfung	1217
1. Checklisten zur formellen Wirksamkeit einer Einstellungsmitteilung	1217
2. Muster einer Einstellungsmitteilung	1218
Sachregister	1221